

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anschlag Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 223 Donnerstag, den 24. September 1925 20. Jahrgang

### Die Prager Presse zu einem deutsch-tschechoslowakischen Sicherheitspakt.

Prag, 22. Sept. Zur Erklärung der tschechoslowakischen Verhandlungsbereitschaft über einen Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland schreibt die „Bohemia“, die tschechoslowakische Außenpolitik werde niemals durchsetzen können, daß Deutschland sich selbst, und daß es die Deutschen im Auslande neuerlich verleugne. Das Blatt ist der Meinung, daß „das Gespenst der zahlreichen den Sudetendeutschen zugesägten Ungerechtigkeiten mit Stresemann und Beneš im Verhandlungszimmer sein würde“. Beneš fordere von Deutschland mehr als eine bloße Formalkritik, er verlange, daß Deutschland die Deutschen in der Tschechoslowakei vertrauensvoll und freiwillig diesem Staate überlasse. Das sei ungenauer viel verlangt.

„Československá republika“ erklärt, die Deutschen in der Tschechoslowakei und die Deutschen im Reich seien gewiß ein Volk, aber der Völkerverbundspakt werde Deutschland genügend Gelegenheit geben, auf legale Weise sein Interesse an den Sudetendeutschen zum Ausdruck zu bringen. Und davor brauche sich die Tschechoslowakei nicht zu fürchten.

Im „Československo“ heißt es, der tschechoslowakische Vorschlag möge Deutschland, die Karten auszuweichen. Deutschland könne nicht nein sagen, da es sich sonst kompromittieren würde. Wenn die Tschechoslowakei von Deutschland verlange, daß der Westpakt durch einen Schiedsgerichtsvertrag mit der Tschechoslowakei gestärkt werde, dann handele sie loyal gegenüber ihren Verbündeten. Mit diesem Problem gerate man aber bereits in den Komplex der Fragen und die tschechoslowakische Außenpolitik habe ausdrücklich erklärt, daß sie ihr Verhältnis zum Osten ebenso zu regeln wünsche, wie das Verhältnis zum Westen geregelt sei. Diese Angelegenheit müsse vom Standpunkt der Weltpolitik und nicht bloß unter lokalen Gesichtspunkten beurteilt werden.

„Morobni politika“ sieht kein Hindernis, die tschechoslowakisch-deutschen Verhandlungen gleichzeitig mit den Garantiepaktverhandlungen abzuwickeln. Das tschechoslowakische Angebot ermögliche dies. Wenn die Tschechen auch bereit seien, die Selbständigkeit und Unverletzbarkeit ihres Staates mit den Waffen zu verteidigen, so zögen sie doch ein friedliches Zusammenleben dem Kriegszustand vor. Wenn die Politik Deutschlands und die der Tschechoslowakei häufig verschiedene Wege gegangen seien, so sei das offizielle Verhältnis beider Staaten hierdurch doch nicht betroffen worden. Das Angebot der Tschechoslowakei an Deutschland entkräftete den Vorwurf, daß die französische Orientierung der

Tschechoslowakei deutschfeindlich sei. Deutschland sei jetzt vor die Notwendigkeit gestellt worden, vor der Welt das wahre Wesen seines Garantiepaktvorschlages kundzutun. Freilich wisse man nicht, ob das ganze deutsche Volk sich durch die Unterschrift seiner Regierung gebunden fühlen werde. Es sei nicht ratsam, den bevorstehenden Vertrag zu überschätzen, aber in seiner moralischen Bedeutung dürfe man ihn gewiß nicht unterschätzen.

„Morobni politika“ stellt zunächst die Fragen: Wird Deutschland, dessen innenpolitische Situation durch den Austritts Vertrag aus der Zentrumstraktion des Reichstages charakterisiert werde, den Garantiepakt auch einhalten? Wird nach Abschluß des Westpactes die tschechoslowakisch-französische Allianz aufrecht erhalten werden, und wird Frankreich der Tschechoslowakei im Fall eines deutschen Angriffes über das Rheinland zu Hilfe kommen können? Wenn ein deutsch-tschechoslowakisches Schiedsgericht die Tschechoslowakei vor einem Angriff Deutschlands sichern soll, dann müßte, so schließt das Blatt, dieser Vertrag anders aussehen, als ihn Deutschland anbiete.

„Morobni listy“ schreibt, eine Wirtschaftskombination zwischen Frankreich, Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei und eventuell noch anderen Staaten, würde den Beginn einer europäischen Konföderation darstellen. Voraussetzung wäre die Gewährung von Vorzugsstellungen im Vertrag zwischen Oesterreich und den Nachfolgestaaten, ähnliche Abmachungen mit Deutschland und Frankreich, Verzicht Englands auf Meistbegünstigung gegenüber jenen Ländern, welche Oesterreich Vorzugsrechte gewähren, und Ergänzung dieser Wirtschaftskombination durch Garantie- und Schiedsgerichtsverträge mit Deutschland.

„Benkov“, das ein weiteres Verbleiben der führenden Mitglieder der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei wünscht, meint, es gebe schwerlich zwei Staaten, welche trotz erheblicher geographischer Trennung durch Tradition und gemeinsame Lebensinteressen fester verbunden seien als Frankreich und die Tschechoslowakei. Die zielbewußte und opferwillige Freundschaft beider Nationen habe sich bereits so sehr gezeigt, daß sie von der großen oder geringen Fähigkeit irgendeiner Regierung oder dem Stimmungswechsel Einzelner nicht abhängig sei. Immer werde man leicht zum Einverständnis in allen Richtungen des gemeinsamen Interesses gelangen.

### Der Kampf um den Reichswirtschaftsrat.

Seitdem der vorläufige Reichswirtschaftsrat besteht, hat sich immer wieder eine zum Teil recht lebhaft Kritik mit seinem Dasein, seiner Form und seiner Arbeitsmethode beschäftigt. Als man dieses „Parlament der Wirtschaft“ seinerzeit schuf, geschah das unter anderem zu dem Zwecke, die Arbeiter mit den Vertretern der Unternehmer und der andern in Frage kommenden Erwerbskategorien zu möglichst positiver Arbeit im Interesse des Volksganges zusammenzufassen. Dieses Ziel war auch in der Reichsverfassung festgelegt worden und der Reichswirtschaftsrat sollte berufen sein, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen auf Grund von Vorschlägen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Industrie, begutachtend zu untersuchen. Der Reichswirtschaftsrat sollte aber nicht nur besetzt sein, Entwürfe der Regierung zu prüfen er sollte auch von sich aus die Möglichkeit haben, Vorlagen zu beantragen. Nach der grundlegenden Verordnung vom 4. Mai 1920 umfaßte der Reichswirtschaftsrat je 88 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft sowie der Industrie, 44 Vertreter des Handels-, Bank- und Versicherungswesens, 88 Vertreter des Handwerks, 34 Vertreter der Verbraucherschaft, 16 Vertreter des staatlichen und privaten Beamtentums und der freien Berufe und schließlich 8 Vertreter der Gärtnerei und Fischerei. Maßgebend war vor allem der Wunsch, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichwertig heranzuziehen. Außerdem hatten Reichsrat und Reichsregierung noch das Recht zur Ernennung von je 12 Mitgliedern. So kam es, daß der Reichswirtschaftsrat sich in der Tat als ein zahlenmäßig durchaus vollständiges Parlament präsentierte, aber seine Gegner vertraten gerade aus diesem Grunde auch wieder den Standpunkt, daß diese große Zahl von Mitgliedern ungerechtfertigt sei und Ausgaben verursache, die sich nicht begründen ließen. Aber auch von den Freunden des Reichswirtschaftsrates wurde dauernd nach dem endgültigen Gesetz gerufen, welches aus dem vorläufigen einen endgültigen Reichswirtschaftsrat machen sollte.

Die Dinge sind jetzt soweit gediehen, daß über die Umwandlung wenigstens schon ein sogenannter Referentenentwurf des Reichswirtschaftsministeriums vorliegt, über den der Reichswirtschaftsrat sich nun zunächst einmal selber gutachtlich zu äußern haben wird. Es werden sehr interessante Verhandlungen werden, denn das Reichsarbeitsministerium schlägt ganz erhebliche Veränderungen vor.

So soll vor allem die Mitgliederzahl von 326 auf insgesamt 126 Mitglieder herabgesetzt werden. Falls es sich aber jeweils um die Behandlung von Spezialfragen handelt, dann sollen Sachverständige hinzugezogen und für die Zeit ihrer Mitarbeit „temporäre“ Mitglieder des Rates werden. Bei der Auswahl dieser Kategorie von Mitgliedern soll der Reichswirtschaftsrat freie Hand haben. Der Entwurf bestimmt weiter eine Vermehrung der bestehenden drei Abteilungen auf vier. In den ersten beiden Abteilungen sind die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in der dritten die Genossenschaften und Gemeinden und in der vierten, je zur Hälfte vom Reichsrat aus den Ländern und Provinzen und von der Reichsregierung auf Grund ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit berufen, zwei weitere Mitglieder-Gruppen. Von dieser letzten Gruppe abgesehen, werden die Mitglieder des endgültigen Reichswirtschaftsrates von den großen Wirtschaftsgruppen und Verbänden, wie der Vereinigung der Arbeitgeber, des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der Industrie- und Handelskammern und der Gewerkschaften vorgeschlagen und von der Reichsregierung nur bestätigt. Das Mandat dauert sechs Jahre bevor die Mitglieder neu berufen und vorgeschlagen werden. Nach einer Uebergangszeit scheidet also alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder aus. Es gibt ferner noch eine Ehrengleichsetzung und vor allem als ständigen Ausschuss einen Enquete-Ausschuss zur Klärung der tatsächlichen Verhältnisse auf den verschiedenen Gebieten.

Man sieht, daß dieser vorläufige Entwurf zum Mittelpunkt eines recht regen Kampfes werden wird. So, wie das Gesetz jetzt vorliegt, wird es ganz sicher nicht verabschiedet werden. Bereits jetzt meldet sich die Kritik mit den verschiedensten Einwänden. Man sagt zum Beispiel, daß die Vorgänge einen offensichtlich Versuch zur Bürokratisierung des Reichswirtschaftsrates darstelle. Man weist darauf hin, daß bis jetzt die Abteilungen ihre Vorsitzenden selber wählten, während in Zukunft an die Stelle des gewählten Vorsitzenden der Beamte treten soll. Der Reichswirtschaftsrat aber soll ja doch die Selbstverwaltung der einzelnen Stände verkörpern. Wie man aber auch im Einzelnen sehen mag, wird man zugeben müssen, daß wenn wir überhaupt ein Wirtschaftsparlament haben sollen, die Selbstständigkeit seiner Arbeitsorganisation gewahrt sein muß. Ein bloßes Exekutivorgan der Reichsregierung ist nicht von Nutzen, wir leiden so wie so schon genug an Ueberorganisation. Es darf aber nicht darüber auch nicht verschwiegen werden, daß die jetzt einsetzende Erörterung des kommenden Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat auch grundsätzlich die Frage behandelt wird, ob ein solches Parlament neben dem Reichstag tatsächlich noch zu rechtfertigen ist. Gegner und Freunde werden einander aufs heftigste bekämpfen und von den Gewerkschaften läßt bereits eine Kampfansage an das Reichsarbeitsministerium und gegen den Entwurf vor.

### China vor neuen Unruhen.

New York, 22. Sept. Die innenpolitische Situation in China verschärft sich scheinbar mit jedem Tage. Die bisher vorliegenden Meldungen stimmen darin überein, daß sowohl Fong-Hou-Siang als auch Tschang-Tsai-Ein Truppen zusammenziehen. Weidert Ziel soll es sein, Peking noch vor dem Zusammentritt der geplanten Konferenz zu besetzen.

Dabei wird festgestellt, daß Fong kürzlich größere Waffenbesetzungen, einschließlich Tanks und Flugzeuge, über Unga von Rußland bezogen hätte. Als dritte Partei erscheint W-Pei-Fu wieder, ohne daß jetzt schon zu erkennen wäre, auf welcher Seite er sich schlagen wird.

Kenner der chinesischen Situation erwarten die ersten Zusammenstöße spätestens nächsten Monat.

Genf, 22. Sept. Die Völkerverbundversammlung beschäftigte sich heute zunächst mit der Lage in China. Der chinesische Gesandte in London Chao-Ssin-Chu legte in kurzen Ausführungen die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den chinesischen Behörden und der chinesischen Bevölkerung einerseits und den Ausländern andererseits dar. Hierauf nahm die Versammlung ohne weitere Diskussion eine Resolution an, in der dem Wunsch Ausdruck gegeben wurde, daß die demnächst in China zusammentretende Vollkonferenz die bestehenden Konflikte beseitigen möge.

### Belgisch-deutscher Grenzverkehr.

Brüssel, 22. Sept. Wie über die Erleichterung des luxemburgisch-deutschen Kleinen Grenzverkehrs schweben auch Verhandlungen über die Erleichterung des Kleinen Grenzverkehrs zwischen Cuxen-Malmedy und Deutschland. Die Tatsache, daß die erleichterte Ausfuhr nach Deutschland, die Cuxen-Malmedy bis zum 1. Mai d. J. gemessen hat, aufgehört hat und daß der neue deutsche Zolltarif am 1. Oktober in Kraft tritt, wird den Handelsverkehr zwischen den neuen belgischen Gebieten und Deutschland erschweren. Beifügung Erleichterung des

Grenzverkehrs und des Betriebsregimes der in der Grenzzone liegenden Werke wurde eine Kommission ernannt, in welcher auch Abgeordnete von Cuxen-Malmedy tätig sind.

### Die Stellung der Deutschnationalen zum Sicherheitspakt.

Berlin, 23. Sept. Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ wissen mitzuteilen, daß die Deutschnationalen bereit seien, ihre Zustimmung zur Teilnahme Deutschlands an einer Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt zu geben, wenn es sich bei dieser Zusammenkunft nicht um die endgültige Paktkonferenz, sondern lediglich um eine Ministerbesprechung handelt, auch der nach der Klärung der rechtlichen Seite in London nun die politische Klärung der Frage durch die Außenminister erfolgen sollte. Die eigentliche Entscheidung soll dann erst auf einer Schlusskonferenz fallen. Was die Klärung der Berliner Zone anbetrifft, so erinnert die „Tägliche Rundschau“ an die wiederholten Erklärungen des Reichsfinanzlers und des Reichsaussenministers, daß ohne diese Klärung kein Abschluß der Verhandlungen denkbar sei. Zur Kriegsschuldfrage sei bereits in dem Völkerverbundmemorandum der deutschen Regierung vom September v. J. das Nötige gesagt worden.

### Marokkokerichtsbericht.

Paris, 22. Sept. Habas meldet aus Fez über die Lage in Marokko: Angesichts der kühlen Temperatur, die seit einigen Tagen herrscht, konnten größere Lagerparaden vorgenommen werden. Französische Flieger haben verschiedentlich, z. B. bei Larja, feindliche Truppenansammlungen erfolgreich beschossen. Die Gerüchte, daß ein feindlicher Versuch, die spanischen Linien zu durchbrechen, vorbereitet werde, bestärkten sich nicht.

Habas berichtet aus Tanger: Abd el Krim soll die Absicht haben, vor Tar en Karich und Elgerier die Offensive wieder aufzunehmen.

ung Abg...  
fabrik  
ster  
en, Malgen  
der pr...  
fabrik  
en  
sofort  
S.,  
lauberes  
hen  
se schlafen  
sofort  
t.  
ummer,  
sifer,  
Straße 40  
mann  
arenbr.,  
per 15.  
November  
ung  
oder für  
Angebot  
an die  
Blattes  
4700".  
erdienst  
eines  
kätes.  
für Waren  
ordf. ab.  
I. 7935 an  
Dresden.  
il. schnell,  
ber, mild,  
u. fast alle  
0007. bew.  
Dad 1.50  
weiche.  
ter Raune  
Einrichtu-  
nach Hoch  
aus für  
en Wiffen  
den wir  
nach dem  
d. B. 100  
in und 1.  
ffel. Als  
S. 100  
Schach el  
mit 6. n  
ubi wir  
änge an  
es müße  
ten Abel.  
ndl mit  
der wich  
er Schuß  
beßelt,  
Wido ere  
ften und  
bo und  
im Ma,  
e Seuchl  
ga a. K.